

Pressemitteilung

Freiburg, den 12. April 2021

Stellungnahme zu den Abstimmungen vom 13. Juni

An der ausserordentlichen Versammlung vom 9. April haben die Jungfreisinnigen Freiburg (JFF) zu den Juni Abstimmungen Stellung genommen.

Das CO₂-Gesetz wurde von der Versammlung abgelehnt. Die Versammlung ist der Meinung, dass die neuen Abgaben Geringverdiener bestrafen und wenig zur Bekämpfung der Erderwärmung beitragen werden. Die JFF plädieren stattdessen für liberale Lösungen wie z.B. ein Emissionshandel.

Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus wurde abgelehnt. Die JFF sind sich den Gefahren des Terrorismus bewusst und glauben, dass dieser effektiv bekämpft werden muss. Die in diesem Gesetz vorgesehenen Massnahmen sind jedoch viel zu extrem und stehen nicht im Einklang mit unserem Rechtsstaat.

Beide Agrar-Initiativen wurden von der Versammlung abgelehnt. Die Versammlung war der Ansicht, dass die Initiativen der Nachhaltigkeit der Schweizer Landwirtschaft schaden und das Angebot, der in unserem Land produzierten Lebensmittel schwächen würden.

Das Covid-19 Gesetz wurde von der Versammlung angenommen. Es wurde als notwendig erachtet, um die Pandemie bestmöglich zu bekämpfen. Viele Menschen sind durch diese Krise geschädigt worden und es ist undenkbar, dass Ihnen nicht geholfen wird. Die JFF sind der Meinung, dass es keine vernünftigen Argumente gegen dieses Gesetz gibt.

Für den Vorstand,
Alec von Barnekow
Präsident

Für weitere Informationen:

- Alec von Barnekow, Präsident, +41 (0) 79 884 54 59
- Fabian Kuhn, Vize-präsident, +41 (0) 78 798 17 67